

ernstzunehmenden Menschen gemieden.“

Eine meiner scharfsinnigeren Studentinnen, Goh Bee Chen, hat im Laufe ihrer Forschungen über „Traditionelles chinesisches Konzept von Gesetz, Gerechtigkeit und Beilegung von Streit“ herausgestellt: „Im Kern war das Gesetz für Chinesen nichts anderes als die Auferlegung von Strafen und Bestrafung für öffentliche Vergehen.“

So war für den traditionellen Chinesen, mag er Taoist, Konfuzianist oder Buddhist oder eine Mischung aus all dem gewesen sein, das Gesetz ein milderer und bedauerlicher Ersatz für Moral. Im traditionellen China gab es den Konflikt zwischen den Legalisten, die an die Wirksamkeit von „Fa“ oder Bestrafung glaubten, und die Moralisten, die an die Lehren von Konfuzius glaubten und daher den Wert in „Li“ oder gutem Verhalten/Moral sahen. Die Mächtigen sahen die Bedeutung von „Fa“ zur Aufrechterhaltung ihrer Autorität und es wurde schließlich erkannt, daß auch die Moral bedeutsam war.

Dies bedeutete im Endeffekt für den „normalen“ Chinesen, daß offizielle Kanäle gemieden werden mußten. Wenn Hilfe gebraucht wurde, wandte er sich an seine Familie oder seinen Clan. In Streitfällen zwischen Einzelnen oder Familien war es das Beste, auf Versöhnung und Vermittlung auszugehen.

Der Staat wurde in einer entgegengesetzten Position gesehen und nicht als Wohltäter oder Helfer. Die Folge war ein extrem breit angelegtes Netzwerk von Selbsthilfe-Organisationen und ein im allgemeinen harmonischer sozialer Rahmen. Aber es gab kein allgemeines umfassenderes Gesetz, welchem sich auch die Mächtigen unterwerfen mußten. Daher gab es kein echtes Hindernis gegen ungezäumten Autoritarismus mit Ausnahme der Rebellion oder Auswanderung.

Dies umso mehr wo der Staat selbst nicht chinesisch war wie in besagtem Gebiet. Hier war Raum für die Entwicklung von Mittelsleuten, die bei den Mächtigen Fürsprache einlegen, eine Rolle, die die Vereinigung der Malaysischen Chinesen (MCA), eine Koalitionspartnerin der regierenden Nationalen Front (Barisan Nasional), mit großem Erfolg spielt.

Auf der anderen Seite erscheint es in Singapur, wo die Chinesen in der Mehrheit sind, oft so, daß die Regierung eine sehr väterliche Rolle bei der Entscheidung spielt, wie die Bürger ihr Leben leben sollen

In solchen Zusammenhängen gibt es keine philosophische Grundlage für eine Bindung an Rechtsstaatlichkeit oder Rechtsbegriffe an sich und der

Widerstand gegen autoritäre Regierungen ist entsprechend verkümmert.

Die Inder

Die Inder in Malaysia sind größtenteils Hindus, obwohl es auch eine bedeutsame Zahl Christen, Sikhs und Moslems unter ihnen gibt. Die Mehrheit von ihnen arbeitet auf Kautschuk- oder Palmöl-Plantagen. Sie leben daher unter der Kontrolle des Plantagen-Managements. Auf der anderen Seite gibt es eine Minderheit von Geschäftsleuten und „Kopfarbeitern“, die Rechtsanwälte, Ärzte und andere Freiberufler hervorgebracht hat, die in Gewerkschaften gearbeitet und Forderungen erhoben haben, die auf Rechtsbegriffen beruhen und an Bestimmungen des Gesetzes appellieren. In diesem Zusammenhang ist die Rolle der Kirche wichtig, da das Christentum einen Anstoß gegeben hat, für Gerechtigkeit und Gleichheit zu kämpfen.

Für den gewöhnlichen Hindu hat allerdings das System der Kasten und die hierarchische Sicht der Gesellschaft immer noch starke Bedeutung. Ein Schwerpunkt liegt auf dem richtigen Verhalten. Dies wird verstärkt durch die Hindu-Epen von Ramayana und Mahabaratha, wo die Götter um Ehrlichkeit streiten. Es ist nicht so wichtig, daß man den Sieg erringt, als vielmehr die Tatsache, das man seine Pflicht nach seinen Möglichkeiten erfüllt so gut es geht.

Aber Autoritarismus ist ziemlich verbreitet und der Rückgriff auf das Gesetz, um Recht zu erlangen, ist zumeist zu teuer für den gewöhnlichen Inder. Während die Position des Richters respektiert wird, so ist er doch eine entferntere Person als der Plantagenmanager oder Arbeitgeber, welche entscheidender und gegenwärtiger sind. Das Gesetz als etwas, das über alle herrscht und vor dem alle gleich sind, ist kein Konzept, das unter den Lebensbedingungen auf einer Plantage leicht in Anspruch genommen wird. Trotzdem gibt es ein Verständnis von Gesetz, wobei dies göttlichen Ursprung hat und jeder, der falsch handelt, letztendlich bestraft wird.

Fazit

Man kann sehen, daß es unter allen ethnischen Gruppen in diesem Gebiet Bestandteile der eigenen Kultur gibt, die es schwierig machen, die Wirksamkeit einer Rechtsstaatlichkeit zu erreichen.

Obwohl das Adat der Malaien blinde Loyalität gegenüber dem Herrscher hervorheben mag, ist ihre Bindung an den Islam hilfreich, sie vom Wert der

Gerechtigkeit und Gleichheit zu überzeugen. Als Gemeinschaft werden sie vielleicht das der Rechtsstaatlichkeit inwohnende Konzept anerkennen und unterstützen, wenn dem Isalm genügend Nachdruck verliehen wird.

Unter den Chinesen mag die Bedeutung der Moral und die Abneigung gegenüber dem Gesetz autoritäre Strukturen und den Glauben, daß der Herrscher es am besten wisse, fördern. Daher wird der Drang nach Rechtsstaatlichkeit schwächer sein als die Bemühungen, Konflikte und Streitigkeiten zu vermeiden.

Während unter den Indern das Gesetz in der Praxis eine kleine Rolle spielt, fördern ihre Religion und Wertvorstellungen dagegen theoretisch die Hinwendung zu Gerechtigkeit und fairem Verhalten.

Wie auch immer, insoweit die Regierungen in dem Gebiet danach trachten, eine modernisierende Rolle zu spielen und zunehmend in das alltägliche Leben des Volkes eingreifen, entwickelt sich ein zunehmendes Bewußtsein für die Notwendigkeit, die Mächtigen auf die eine oder andere Weise zur Rechenschaft zu ziehen und einer stärkeren Kraft als der einer zeitweiligen gewählten Mehrheit zu unterwerfen. Hier birgt die Rechtsstaatlichkeit die größten Versprechungen.

(Übersetzung G. Bonnekamp)



Im chinesisches Viertel von Kuala Lumpur

MALAYSIA

ISA-Häftlinge freigelassen

Am 19. April 1989 wurden der Oppositionsführer von der Democratic Action Party (DAP) und Parlamentsmitglied, Lim Kit Siang, und sein Sohn, Lim Guang Eng, aus dem „detention camp“ (Internierungslager) Kamunting freigelassen. Sie waren die letzten von 106 während der „Operation Lallang“ im Oktober/November 1987 nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA) Inhaftierten, die entlassen wurden. Im Gegensatz zu einer Reihe von anderen ehemaligen ISA-Häftlingen wurden keinerlei Auflagen mit ihrer Freilassung verbunden.

Auf einer Kundgebung am 24. April in der Hauptstadt Kuala Lumpur, die von über 10.000 Menschen besucht wurde, verurteilte Lim öffentlich das ISA. Es diene dazu, die Bevölkerung einzuschüchtern und daran zu hindern, ihre legitimen Bürgerrechte wahrzunehmen. Diese Angst vor einer möglichen Verhaftung müsse durchbrochen werden. Die Unhaltbarkeit der Begründungen für die Verhaftungen habe zu Protesten im In- und Aus-

land geführt, und die im Oktober in Kuala Lumpur stattfindende Konferenz der Regierungschefs der Commonwealth-Länder mache die weitere Inhaftierung eines Führers der Oppositionspartei unmöglich. Der Druck sei zu groß gewesen, weshalb auch sie freigelassen werden mußten.

Nach 11 Jahren und 3 Monaten Inhaftierung nach ISA wurde am 27.4.89 der 40jährige Heng Boon Lean aus der Isolationshaft im Rehabilitationszentrum der Polizei in Kuala Lumpur entlassen. Einige Monate vorher war er aus dem Internierungslager Kamunting in das Rehabilitationslager verlegt worden. Mit seiner Freilassung wurden Auflagen verbunden, u.a. die Einschränkung seiner Bewegungsfreiheit tagsüber auf seinen Heimatbezirk und zwischen 17 und 8 Uhr im Haus, monatliche Meldung bei der örtlichen Polizei und das Verbot, sich gegenüber der Presse zu äußern.

vgl. FEER v. 27.4.89, S. 14; Rocket Vol. 22, Issue 3; AI Index: ASA 28/08/89 vom 19.4.89; Star v. 1.5.89

NACHRICHTEN



Foltermethoden: Einen Bleicheimer auf den Kopf und mit Stöcken draufschielen

Aufklärung über Folterungen gefordert

Die Reformbewegung ALIRAN fordert in ihrer Monatszeitschrift vom Mai 1989 die Einrichtung einer unabhängigen Kommission zur Aufklärung über Vorwürfe der Folterung von ISA-Häftlingen. Hierzu lägen u.a. eidesstattliche Erklärungen von Irene Xavier und Jamaluddin Othman vor, die beide im Zuge der „Operation Lallang“ nach dem ISA inhaftiert worden waren, sowie andere Berichte von ISA-Inhaftierten. Die Regierung solle eine solche Kommission ohne Verzögerung einberufen, um die Vorwürfe zu klären. Entsprechen die Vorwürfe der Wahrheit, so müßten die dafür Verantwortlichen vor ein Strafgericht gestellt werden.

vgl. ALIR Vol. 9, Nr. 4, S. 26ff

Vorgehen gegen Hungerstreikende unrechtmäßig

Die Bestrafung von 7 ISA-Häftlingen durch die Lagerleitung wegen ihres am 27.10.88 begonnenen, einwöchigen Hungerstreiks anlässlich des Jahrestages ihrer Verhaftung wurde vom High Court in Ipoh am 29.4.89 nachträglich für unrechtmäßig erklärt. Die 7 mehrheitlich im Zuge der „Operation Lallang“ nach ISA Verhafteten (Karpal Singh, Lau Dak Kee, Lim Guan Eng, Lim Kit Siang, P. Patto, Kua Kai Soog, Heng Boon Lean) haben die Rechtmäßigkeit einer Bestrafung durch Besuchsverbot für die jeweiligen Familienangehörigen und Anwälte nachträglich angefochten.

Der Richter Abdul Malek Haji Ahmad bezeichnete die Bestrafung als willkürlich, denn die Lagerleitung hatte ihre Entscheidung erst mit einer am 1.11.88 eingeleiteten vorgeschriebenen Untersuchung begründet, die Strafe aber bereits am 27.10. verhängt. Dabei wurde den Betroffenen auch das Anhörungsrecht verweigert. Die Vorschriften be-

sagen aber, daß derartige Bestrafungen erst nach eingehender Untersuchung und Schuldpruch zulässig sind, was beides erst 6 Tage nach der Verhängung der Strafe erfolgt war. Außerdem seien die Vorwürfe gegen die Häftlinge nicht genauer benannt gewesen.

vgl. NST v. 30.4.89

Anklage gegen 42 Blockierer fallengelassen

Am 24.4.89 wurden 42 wegen Straßenblockaden und unrechtmäßiger Besetzung von Staatsland angeklagte Kayans vom Gericht in Marudi, Sarawak (Ost-Malaysia), freigelassen. Ursprünglich wurde ihnen vorgeworfen, am 29.10.1987 Barrikaden auf Anfahrtsstraßen zum Holzeinschlag im Dschungel errichtet zu haben, um die Holzfirmen an der Abholzung zu hindern. Die Ermittlungsbehörden hatten ihre Anklagen gegen die Kayans vor Gericht wegen Mangel an Beweisen zurückgezogen.

Die 42 sind in einem Alter von 16 bis 75 und stammen aus Uma Bawang im Baram-Distrikt. Sie sprechen den Holzfirmen das Recht, ab, die Straßen zu bauen, und sehen in der Abholzung eine Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen und die Gefahr einer Verschmutzung der Gewässer. Die Blockaden stoppten die Abholzung in großen Teilen von Sarawak, des größten Exporteurs von tropischem Hartholz. Die Beschuldigten waren gegen eine Kautions von je M\$ 1000 bereits früher auf freien Fuß gesetzt worden.

Nach Angaben der Polizei sind keine Penans, die im Dezember 1988 und Januar 1989 erneut Straßen blockiert hatten und daraufhin verhaftet wurden (vgl. SOAI 1/89, S. 32), in Haft. Gerichtsverfahren gegen sie werden voraussichtlich in der Zeit von Mai bis November 1989 anstehen.

vgl. Star v. 24.4., 27.4.89; AL Vol. XI, Nr. 3, S. 26

(Foto: R. Dusik)

NACHRICHTEN

MALAYSIA

Mahathirs Nationale Front durch Nachwahl erneut bestätigt

Bei einer Nachwahl in Bentong, in der Nähe der Hauptstadt Kuala Lumpur, wurde am 13.5.89 der Kandidat einer Partei der Regierungskoalition National Front ins Bundesparlament gewählt. Bis zu seinem Tode im März 1989 wurde der Sitz vom vormaligen Gesundheitsminister Chan Siang Sun von der Malaysian Chinese Association (MCA) über 7 Legislaturperioden gehalten.

Als neuer Kandidat wurde der langjährige Abgeordnete im Parlament des Bundesstaates Pahang Lim Ah Lek von der MCA ins Rennen geschickt, der 60 % der Stimmen erhielt. Lip Tuck Chee als Oppositions-Kandidat von der Democratic Action Party (DAP) erhielt lediglich 30,7 %. Beide Kandidaten sind chinesischer Abstammung, und in dem Wahlbezirk ist die Mehrheit der Bevölkerung ebenfalls chinesischer Abstammung (53 %). Sie erhielten jeweils Unterstützung von der malaiischen Regierungspartei UMNO bzw. der malaiischen Oppositionsfraktion „UMNO 46“.

Beobachter sehen in dem Wahlergebnis eine Bestätigung der Regierungskoalition unter Führung Mahathirs auch unter der chinesischstämmigen Bevölkerung. Der Wahltermin, der 13. Mai, hat einen erheblichen Symbolcharakter im multiethnischen Malaysia, denn am 13. Mai 1969 kam es nach den Wahlen zum Bundesparlament, bei denen chinesisch-orientierte Oppositionsparteien einen hohen Stimmenzuwachs verzeichneten, zu den bisher größten blutigen Rassenunruhen in Kuala Lumpur.

vgl. FEER v. 25.5.89, S. 22f; AW v. 26.5.89, S. 44f

Bündnis Razaleighs mit islamischer Partei

Mit der Teilnahme von Tengku Razaleigh Hamzah von der „UMNO 46“, Hauptgegner von Premierminister Mahathir Mohamad, am Parteitag der islamischen Partei PAS am 31.3.89 wurde ein neues politisches Bündnis besiegelt, das sich als Alternative zur Regierungskoalition „Nationale Front“ versteht.

PAS hat vor allem in den Bundesstaaten im Norden der malaiischen Halbinsel seine Basis unter Bauern. Die gemeinsame Bewegung wird den Namen Angkatan Perpaduan Ummah (Bewegung für die Einheit des Glaubens) tragen. Sie wird mit der chinesisch-orientierten, oppositionellen Democratic Action Party (DAP) in der Opposition gegen die Nationalen-Front-Regierung zusammenarbeiten. So hat sie z.B. bei den Nachwahlen in Bentong am 13.5.89 keine eigenen Kandidaten aufgestellt, um die Chancen der DAP nicht zu schmälern.

PAS bildete 3 Jahre die Regierung im Bundesstaat Trengganu und 17 Jahre in Kelantan, bis sie 1973 sich in Kelantan auf eine Koalition mit der UMNO einließ. Es war damals Razaleigh, einer der führenden Köpfe von UMNO und Onkel des jetzigen Sultans von Kelantan, der 1978 diese Koalition hintertrieb und PAS in die Opposition zurückdrängte. Beobachter sehen, daß sich in der Koalition der Anhänger von Razaleigh zusammen mit PAS und DAP eine mögliche Alternative zur Nationalen-Front-Regierungskoalition unter Mahathir herausbilden könnte.

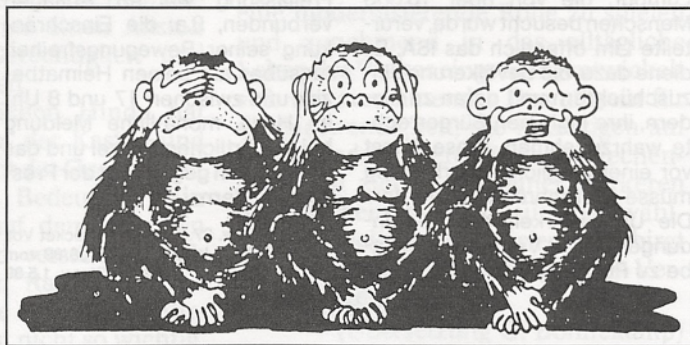
vgl. FEER v. 13.4.89, S. 11f; AW v. 14.4.89, S. 32ff

Angriffe gegen die Führung der Plantagenarbeiter-Gewerkschaft

Heftige Kritik erntete die Führung der National Union of Plantation Workers (NUPW) von ihren Mitgliedern wie von anderen Gewerkschaften sowohl wegen Satzungsänderungsvorschlägen als auch der Bezahlung der führenden Gewerkschaftsangehörigen. Auf ihrer Delegiertenkonferenz im Februar 1989 sind auf bisher undurchsichtige Weise 2 Satzungsänderungen vorgeschlagen worden, die eine Gewerkschaftsmitgliedschaft von Beschäftigten auf Kautschukplantagen mit weniger als 40 ha Größe ausschließt und vorschreibt, daß nur diejenigen für den Posten des Generalsekre-

Satzung bereits vorsieht, daß Kandidaten mindestens 5 Jahre im Gewerkschaftsvorstand gewesen sein müssen. Diese Ablehnung wurde von 2 Delegierten angefochten und bedarf eines Schiedsspruchs der Gewerkschaftsregistrationsbehörde.

Am 3.5.89 lehnte die Behörde in Kuala Lumpur die vorgesehene Satzungsänderung mit der Begründung ab, daß die Rechte der Mitglieder dadurch eingeschränkt würden und daß einer solchen Satzungsänderung mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Gewerkschaftsmitglieder zustimmen müßten. In diesem Zusammenhang wurden



tärs und des Schatzmeisters kandidieren können, die mindestens 5 Jahre hintereinander Mitglied des Vorstandes gewesen sind.

Auf der Delegiertenversammlung wurde in diesem Jahr erstmalig ein Gegenkandidat für den Posten des Generalsekretärs der NUPW aufgestellt, den seit 42 Jahren P.P. Narayanan innehat, der auch Ehrenpräsident des malaysischen Gewerkschaftsdachverbandes MTUC ist. Der Herausforderer R. Arujunan ist einfaches Mitglied und Kautschuk-Zapfer auf einer Plantage, die kleiner ist als 40 ha. Seine Kandidatur wurde abgelehnt, da die gültige Fassung der

auch Einzelheiten über das finanzielle Gebaren der Gewerkschaftsführung in der Öffentlichkeit bekannt, die bereits seit 1984 innerhalb der Gewerkschaft beanstandet worden sind. Danach haben sich vor allem die 4 Sekretäre und der Vorsitzende hohe Gehälter und Aufwandsentschädigungen ausgezahlt sowie Kredite aus Gewerkschaftsgeldern zugeschanzt. Insgesamt sind 63 % der Ausgaben der Gewerkschaft durch Personalkosten und Aufwandsentschädigungen entstanden.

Mitgliedsverbände der NUPW forderten, daß der Vorschlag zur Satzungsänderung innerhalb eines Monats zurückgezogen werden müsse, oder sie würden eine außerordentliche Delegiertenversammlung beantragen, um über ein Mißtrauensvotum gegen die Gewerkschaftsführung abzustimmen.

Mehrere Gewerkschaften im MTUC forderten ebenfalls die Rücknahme und drohten mit einem entsprechenden Mißtrauensvotum im MTUC gegen Narayanan als Ehrenpräsident. Auch wurde lautstark die Kürzung der Personalkosten, insbesondere der Gewerkschaftsführung, gefordert. Der Vorstand hat daraufhin angekündigt, eine Kürzung der Gehälter auf der nächsten Sitzung zu erörtern.

vgl. Star v. 20.4., 28.4., 29.4., 30.4., 2.5., 3.5.89; NST v. 2.5.89

Kautschuk oder Elektronik?

Malaysia ist ein Land, das mit Zinn, Naturkautschuk, Palmöl, Edelhölzern und Erdöl seit Jahren wichtige Rohstoffe für den Weltmarkt liefert. Gleichzeitig ist es ein Musterbeispiel für die neue 'internationale Arbeitsteilung', in der bestimmte arbeitsintensive Teilprozesse der Produktion in 'Billiglohnländer' ausgelagert werden. Besonders ausgeprägt ist dieser Vorgang in der elektronischen Industrie. Nach einer Malaysia-Reise der Südostasiengruppe Bochum im Jahre 1980 veröffentlichte sie ihren Bericht **Über die neokoloniale Ausbeutung eines reichen**

Landes. Insbesondere werden die Konsequenzen von ausländischen Direktinvestitionen untersucht, speziell die Betriebe deutscher Unternehmen unter die Lupe genommen.

Malaysia, Kautschuk oder Elektronik – Über die neokoloniale Ausbeutung eines reichen Landes; Stuttgart: Alektor, 1983; 153 S., 5,- DM.

Zu beziehen bei:
Südostasien-Informationsstelle
Josephinenstr. 71 4630 Bochum 1
Tel.: 0234/50 27 48

MALAYSIA

NACHRICHTEN

Stopt Apartheid – Boykottiert Shell

Auch in Malaysia wird von verschiedenen Kräften das Apartheid-Regime in Südafrika kritisiert, und es werden verschiedene Aktionen initiiert. Bereits in der letzten Hälfte 1988 rief u.a. ALIRAN zum Boykott von Shell-Produkten auf, da sie in Shell eine wesentliche Stütze des Apartheid-Regimes sehen. Als britisch-niederländischer Konzern ist Shell stark in Malaysia und Singapur sowohl bei der Erdölgewinnung und -raffinierung als auch als Anbieter von Benzin und petrochemischen Produkten vertreten.

ALIRAN wirft der Regierung vor, daß sie sich zwar gegen

Apartheid ausspreche, aber Shell nicht dazu zu bewegen versuche, ihre Investitionen aus Südafrika zurückzuziehen. Dabei hätte die Regierung dazu die Möglichkeit über die staatliche Erdöl- und Erdgasfirma Petronas, ohne die keinerlei Erdöl- oder Erdgasgewinnung in Malaysia möglich ist.

So hat kürzlich Petronas mit der Sarawak Shell eine 15-Jahres-Vertrag zur Ausbeutung von neuen Erdöl- und Erdgasfeldern auf der Basis von 50 zu 50 abgeschlossen. Auch ein malaysischer Multi namens Permodalan Nasional Berhad hat als einziger

aus einem Land der 3. Welt in Südafrika investiert, neben vielen anderen Multis, die auch in Malaysia aktiv sind und an denen ein erhebliches Interesse seitens der malaysischen Wirtschaft und z.T. der Regierung besteht.

Wie verbreitet dieser Boykott-Aufruf in Malaysia tatsächlich ist und wie weit er befolgt wird, läßt sich den Berichten nicht entnehmen. Immerhin war er der PR-Abteilung von Shell wichtig genug, um in einem Brief an ALIRAN auf die Vorwürfe einzugehen.

vgl. ALIR Vol. 9, No. 2, S. 21ff u. No. 4, S. 15f u. 30ff.

In Kürze:

– Im März '89 wurde nach langer Diskussionszeit schließlich die **Strafe für Vergewaltigung verschärft**. Danach beträgt nun die Mindeststrafe 5 und die Höchststrafe 10 Jahre. Die Änderungen wurden vor allem aufgrund von öffentlichem Druck vor allem von Frauengruppen durchgesetzt, wenn sie auch nicht vollständig ihren Erwartungen entsprachen.

(vgl. ALIR Vol. 9, No. 4, S. 37f)

– Seit der Verhaftungswelle vom Oktober/November 1987, bei der auch der Präsident von ALIRAN verhaftet wurde, wird ständig **Durck** von Seiten der Registrierungsbehörden **auf die Drucker** der gleichnamigen Zeitschrift ausgeübt. Seitdem mußte die Zeitschrift zum 4. Mal eine neue Druckerei suchen.

(vgl. ALIR Vol. 9, No. 4, S. 40)

– Der bundesdeutsche **Gerling-Konzern** (Versicherungen) hat in **Kuala Lumpur** sein erstes Büro eröffnet. Vor allem Versicherung von Risiken der Industrie bietet Gerling als Spezialität an. Kuala Lumpur soll auch das Hauptquartier für die zukünftigen Aktivitäten in den ASEAN-Ländern werden.

(MB v. 16.3.89, S. 17)

– Entsprechend dem islamischen Recht sollen in Zukunft auch **Nicht-Muslime bei dem Verstoß des „Khalwat“ bestraft** werden können. Für Muslime gilt danach, daß 2 unverheiratete Personen unterschiedlichen Geschlechts nicht ohne Beisein Dritter zusammen sein dürfen. In den Bundesstaaten Penang, Selangor und Kedah soll diese Bestimmung auch für Nicht-Muslime nach den Vorstellungen des Direktors der Behörde für Islamische Angelegenheiten eingeführt werden, wenn sie mit nicht-verheirateten Muslimen zusammen sind.

(AFP v. 1.5.89)

– Die **Anzahl kommunistischer Terroristen** im Dschungel des thailändisch-malaysischen Grenzgebietes soll sich nach Angaben des Oberkommandeurs der Malaysischen Streitkräfte auf der malaiischen Halbinsel von 3000 vor 6 Jahren auf heute ca. 1000 verringert haben. Davon befindet sich der größte Teil auf thailändischem Territorium. Er machte diese Angaben vor Journalisten anläßlich der 54. Sitzung des Malaysisch-Thailändischen Regionalen Grenzkomitees am 19.3.89 in Penang.

(vgl. Star v. 20.3.89)

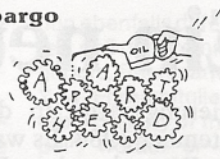
IF YOU WANT TO OPPOSE APARTHEID: BOYCOTT SHELL BECAUSE

SHELL FUELS APARTHEID

... by providing supplies for the armed forces and the police



... by breaking the international oil embargo against South Africa



... by mining and exporting South African minerals

Aufruf aus der Zeitschrift "ALIRAN"

Waffengeschäft mit Entwicklungshilfe verbunden?

Nach einem Bericht der britischen Wochenzeitung „Observer“ besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem Milliarden-Waffengeschäft, das zwischen Großbritannien und Malaysia bei einem Besuch des Premierministers Mahathir Mohamed bei Margaret Thatcher im September 1988 (vgl. SOAI 4/88, S. 35) vereinbart wurde, und den gleichzeitigen Verhandlungen über ein größeres Entwicklungshilfepaket Großbritanniens für Malaysia. Nach einem britischen Gesetz von 1966 darf Entwicklungshilfe nicht dazu benutzt werden, Waffenverkäufe zu sichern. Ein Sprecher des britischen Außenministeriums bestritt einen Zusammenhang und nannte die Gleichzeitigkeit der beiden Verhandlungen als rein zufällig.

Weiter wird in dem Artikel behauptet, daß informierten Krei-

sen zufolge 60 Mio. Brit. Pfd. als Vorauszahlungen an die Regierungspartei Mahathirs, UMNO, und 40 Mio. an Vermittler gegangen seien. Auch wären auf ausdrücklichen Druck von Frau Thatcher der malaysischen Fluggesellschaft MAS 2 weitere Flüge in der Woche nach London genehmigt worden.

Auffällig sei auch der verabredete Einzelpreis von 40 Mio. Pfd. für das zu liefernde Kampfflugzeug Tornado, das zu 40 % von bundesdeutschen Firmen produziert wird. Die britische und bundesdeutsche Luftwaffe zahlen pro Flugzeug je nach Ausstattung zwischen 17 und 20 Mio. Pfd. Ein höherer Beamter des malaysischen Verteidigungsministeriums, der diesen Preis für sehr hoch hält, soll dazu bemerkt haben, daß ungewöhnliche Leute in diese Verhandlungen verwickelt seien, so daß mit unge-

wöhnlichen Bedingungen zu rechnen sei.

Ungewöhnlich an dieser Vereinbarung sei auch, daß es sich um ein Kompensationsgeschäft handele, was eine Zahlung der Waffen durch Lieferungen von Erdöl, Erdgas, Zinn, Kautschuk und anderen Waren über einen Zeitraum von 10 Jahren vorsieht.

Für die malaysische Regierung dementierte der malaysische Bildungsminister Anwar Ibrahim die in dem Artikel gemachten Behauptungen.

Ursprünglich war der Kauf von 12 Tornos vorgesehen, was inzwischen angeblich von Mahathir auf 8 reduziert wurde. Außerdem wurde der vorgesehene Kauf von Boden-Luft-Raketen gänzlich gestrichen.

vgl. The Observer v. 7.5.89; FEER v. 18.5.89, S. 14.